

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier,
Ulrich Oehme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/9251 –**

Keine Elektromobilität zu Lasten von Mensch und Umwelt in rohstoffreichen Entwicklungsländern – Rohstoffförderung für Elektromobilität strenger kontrollieren

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der im Wesentlichen beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen ihrer Strategie zur Förderung der Elektromobilität einen transparenten rohstoffpolitischen Ansatz zu erarbeiten; in diesem Sinne die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende Unternehmen aus Deutschland verpflichtend zu machen; sich in der EU dafür einzusetzen, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende EU-Unternehmen verpflichtend zu machen; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende Unternehmen verpflichtend zu machen; im Rahmen ihrer Strategie zur Förderung der Elektromobilität ein Konzept bilateraler Rohstoffpartnerschaften zu entwickeln, anstatt Rohstoffe fragwürdiger Herkunft von Rohstoffhändlern zu kaufen; sich vor dem Hintergrund der rasant steigenden Nachfrage im Rohstoffsektor der Elektromobilität dafür einzusetzen, dass soziale und politische Spannungen im Partnerland nicht verschärft oder im Extremfall gar Bürgerkriege direkt oder indirekt finanziert werden; sich vor dem Hintergrund der rasant steigenden Nachfrage im Rohstoffsektor der Elektromobilität dafür einzusetzen, dass die Sanktionsinstrumente bei Nichteinhaltung der Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen und der OECD- Leitlinien zur Sorgfaltspflicht in mineralischen Wertschöpfungsketten streng beachtet werden; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass im Rohstoffsektor der Elektromobilität ein Zertifizierungsinstrumentarium entwickelt wird, mit dessen Hilfe ein Produkt klar erkennbar ist, das auf Basis von fairem Rohstoffabbau produziert wurde; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass für Händler

in der gesamten Lieferkette des Elektromobilitätssektors strenge Berichtspflichten eingeführt werden; nachweislich sicherzustellen, dass Kobalt- und Lithiumvorkommen in rohstoffreichen Ländern unter umweltgerechten Abbaubedingungen gefördert werden und nachweislich sicherzustellen, dass für die Entsorgung von Altbatterien ein geregeltes Recycling-Konzept vorhanden ist.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/9251 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2019

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Mathias Stein
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Mathias Stein

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/9251** in seiner 95. Sitzung am 11. April 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen ihrer Strategie zur Förderung der Elektromobilität einen transparenten rohstoffpolitischen Ansatz zu erarbeiten; in diesem Sinne die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende Unternehmen aus Deutschland verpflichtend zu machen; sich in der EU dafür einzusetzen, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende EU-Unternehmen verpflichtend zu machen; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende Unternehmen verpflichtend zu machen; im Rahmen ihrer Strategie zur Förderung der Elektromobilität ein Konzept bilateraler Rohstoffpartnerschaften zu entwickeln, anstatt Rohstoffe fragwürdiger Herkunft von Rohstoffhändlern zu kaufen; sich vor dem Hintergrund der rasant steigenden Nachfrage im Rohstoffsektor der Elektromobilität dafür einzusetzen, dass soziale und politische Spannungen im Partnerland nicht verschärft oder im Extremfall gar Bürgerkriege direkt oder indirekt finanziert werden; sich vor dem Hintergrund der rasant steigenden Nachfrage im Rohstoffsektor der Elektromobilität dafür einzusetzen, dass die Sanktionsinstrumente bei Nichteinhaltung der Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen und der OECD- Leitlinien zur Sorgfaltspflicht in mineralischen Wertschöpfungsketten streng beachtet werden; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass im Rohstoffsektor der Elektromobilität ein Zertifizierungsinstrumentarium entwickelt wird, mit dessen Hilfe ein Produkt klar erkennbar ist, das auf Basis von fairem Rohstoffabbau produziert wurde; sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass für Händler in der gesamten Lieferkette des Elektromobilitätssektors strenge Berichtspflichten eingeführt werden; nachweislich sicherzustellen, dass Kobalt- und Lithiumvorkommen in rohstoffreichen Ländern unter umweltgerechten Abbaubedingungen gefördert werden und nachweislich sicherzustellen, dass für die Entsorgung von Altbatterien ein geregeltes Recycling-Konzept vorhanden ist.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/9251 in seiner 34. Sitzung am 15. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 15. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 15. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 15. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 15. Mai 2019 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/9251.

Berlin, den 15. Mai 2019

Mathias Stein
Berichtersteller

